

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag*

02.02.2018

Der Jahreswirtschaftsbericht 2018 fällt positiv aus

Am Freitag ist der [Jahreswirtschaftsbericht](#) im Plenum des Deutschen Bundestages vorgestellt worden. Unter dem Titel „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“ prognostiziert die Bundesregierung ein Anhalten des starken Wirtschaftswachstums auch für 2018. Der Bericht zeigt sehr deutlich: Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in einem ausgezeichneten Zustand. Die Arbeitslosigkeit sinkt, gleichzeitig rechnen die Experten mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um zusätzliche 500.000 Arbeitsplätze.

Hierbei zeigt sich die deutsche Wirtschaft in guter Verfassung. Im vergangenen Jahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 2,2 Prozent an. Somit stieg der Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen), die während eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft als Endprodukte hergestellt wurden, im achten Jahr in Folge. Auch für 2018 wird wieder ein Wachstum von 2,4 Prozent prognostiziert.

Neben den wirtschaftlichen Kennziffern ist auch die Beschäftigung auf Rekordkurs. 2017 befanden sich 44,8 Millionen Menschen in Arbeit, was einer Zunahme gegenüber 2016 von knapp 500.000 Menschen entspricht. Dies ist sicher auch eine Auswirkung der weiter wachsenden Weltkonjunktur, welche zu einem Anstieg deutscher Exporte und folglich zunehmender Investitionen von Unternehmen am Standort Deutschland führten. Eine weitere Folge daraus: Das verfügbare Einkommen stieg um 3,6 Prozent.

Durch die Haushaltsdisziplin der vergangenen Jahre ist der Schuldenstand weiter reduziert worden. Es wird erwartet, dass Deutschland hier bereits im kommenden Jahr unter die Maastrichtgrenze von 60 Prozent fällt. Gleichzeitig konnte 2017 die Steuerlast für die Bürgerinnen und Bürger um 11 Milliarden Euro gesenkt werden.

Ein Wermutstropfen trübt die positiven Arbeitsmarktzahlen allerdings. Denn ein zunehmender Fachkräftengpass könnte zum Problem werden.

Dass die Wirtschaftsbilanz positiv ausfällt, ist allerdings kein Selbstläufer, wie die Spitzenverbände der Wirtschaft zu Recht angemerkt haben. Darum haben sie bei den Koalitionsverhandlungen auch für steuerliche Entlastungen der Unternehmen geworben.

Unser Land verfügt über eine leistungsfähige, breit aufgestellte und innovative Wirtschaft, die sich im globalen Wettbewerb behaupten muss. Diese Voraussetzung für unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit können wir uns nur erhalten, wenn wir uns nicht auf den guten Zahlen des Jahreswirtschaftsberichts ausruhen. Letztendlich können wir nur das verteilen, was wir vorher erarbeitet haben. Zurzeit profitiert unsere Wirtschaft von günstigen äußeren Rahmenbedingungen, die sich jederzeit verschlechtern können. Hierzu zählen das niedrige Zinsniveau, günstige Rohstoffpreise und die weltweit offene Märkte.

Daher werden sich die Wirtschaftspolitiker der Union auch dafür einsetzen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - gerade auch für mittelständische Betriebe - weiter zu verbessern. Wir haben dabei vor allem die weitere Digitalisierung, ein leistungs- und innovationsfreundliches Steuer- und Arbeitsrecht sowie eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung im Blick.

Außerdem müssen wir, dem bereits erwähnten, drohenden Fachkräftemangel begegnen. Wir brauchen mehr Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Dies allein wird aber nicht ausreichen.

Deutschland muss auch attraktiver für den Zuzug ausländischer Fachkräfte werden. Der weltweite Wettbewerb um die besten Köpfe wird sich weiter verschärfen. Wir, als rohstoffarmes Land, können es uns nicht leisten, diesen Wettbewerb zu verlieren.

Teurer Standort Deutschland

Deutschland ist für die Industrie weiterhin der sechststeuerste Standort. Und der gerät nun in Gefahr, seine mühsam zurück erkämpfte Wettbewerbsfähigkeit wieder zu verspielen, wie eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt. Noch höher waren die Arbeitskosten für die Industrie insbesondere in der Schweiz und Norwegen, günstiger jedoch in Frankreich und den USA. (Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft)

Arbeitslosigkeit geht zurück

Deutlicher Rückgang der sog. chronischen Arbeitslosigkeit. Seit 2006 hat sich der Anteil der anhaltend Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Deutschland halbiert und sank von mehr als 6 auf rund 3 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Anders als der Indikator Langzeitarbeitslosigkeit dokumentiert die Zahl der chronisch Arbeitslosen auch diejenigen Personen, die zwar kurze Phasen der Beschäftigung durchlaufen oder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, aber dennoch auf dem Arbeitsmarkt nicht nachhaltig Fuß fassen können. Die Langzeitarbeitslosigkeit umfasst demgegenüber lediglich Personen, die mindestens 12 Monate durchgängig arbeitslos sind. Im Jahr 2015 belief sich die Zahl der chronisch Arbeitslosen auf 1,2 Mio., die der Langzeitarbeitslosen auf rund 1 Million. 2006 waren es noch jeweils 2,6 und 1,9 Mio. (Quelle: Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

KfW zeichnet private Bauherren aus

Noch bis zum 1. März 2018 können sich private Bauherren oder Baugemeinschaften, die in den vergangenen fünf Jahren ein Neubau-Projekt umgesetzt oder ein bestehendes Gebäude erweitert, umgewidmet, modernisiert oder belebt haben, um den KfW Award Bauen bewerben. Unter dem Motto: "Ästhetisch und effizient Wohnraum schaffen und modernisieren", winken den Gewinnern Preisgelder mit insgesamt 35.000 EUR. Ausgezeichnet werden die Projekte, die ist die richtige Balance aus gelungener Architektur und Erscheinungsbild, guter Integration in das bauliche Umfeld, Energie- und Kosteneffizienz, zukunftsorientierter und nachhaltiger Bauweise, optimaler Raum- und Flächennutzung sowie auch individueller Wohnlichkeit umsetzen. Dabei steht die Verbindung von gelungener Architektur mit Energieeffizienz, Barrierefreiheit und Wohnkomfort im Mittelpunkt des KfW Award Bauen. Informationen und

Bewerbungsunterlagen stehen ab sofort unter www.kfw.de/award-bewerbung zur Verfügung.

Ärzte wollen mehr digitale Anwendungen

Rund 80 Prozent von 1.147 Medizinerinnen nannten in einer bundesweiten Umfrage Videosprechstunden und Online-Coachings als nützliche Ansätze, wie der am Donnerstag in Berlin vorgestellte DAK-Digitalisierungsreport 2018 zeigt. Während vier von fünf Ärzten die Video-Sprechstunde kennen, hat von der digitalen Patientenakte bislang nur jeder Zweite gehört. Ein Austausch zwischen Arzt und Patient ist per Videokonferenz derzeit nur eingeschränkt möglich, da das geltende Fernbehandlungsverbot vorsieht, dass ein Arzt einen Patienten persönlich untersucht haben muss, bevor er Telemedizin einsetzen darf. Der DAK-Digitalisierungsreport 2018 zeige, dass Ärzte eine gesetzliche Lockerung für notwendig halten, um Versorgungsengpässe in ländlichen Regionen mit geringer Arztdichte aufzufangen, hieß es. Andere Länder Europas sind im Bereich E-Health weiter als Deutschland. (epd)

Büroraum gesucht

Jeder dritte Erwerbstätige hierzulande arbeitet im Büro - und es werden immer mehr. Nach Jahren des Aufschwungs finden Firmen in manchen Großstädten kaum noch Räume. Das gefährdet die Entwicklung, warnt die Immobilienwirtschaft. München, Berlin und Stuttgart sind im Zentrum im Grunde voll vermietet. Das hemme die wirtschaftliche Entwicklung der Städte. Steigende Mieten spüren vor allem kleine, weniger finanzkräftige Firmen. Den Ansturm auf die Metropolen zeigt auch eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Unternehmen bräuchten im Kampf um Talente attraktive Büros in zentraler Lage, sagte ZIA-Präsident Mattner. „Sind Firmen gezwungen, ins Umland auszuweichen, führt das auch zu einer Zersiedelung und mehr Verkehrsbelastung durch Pendler.“ Besonders schwierig ist die Lage in der Hauptstadt, etwa in Berlin-Mitte, aber auch in München und Stuttgart. Betroffen sind vor allem kleine Firmen wie Start-ups. „Berlin hat lange davon profitiert, dass Gründer dort billige Büros fanden“, sagt IW-Immobilienexperte Michael Voigtländer. „Das hat sich gedreht.“ Große Konzerne hingegen könnten sich steigende Mieten leisten. (dpa)

Zitat

„Packen wir gemeinsam an. Geben wir diesem Land Schwung und ein fröhliches Gesicht. Es liegt zum großen Teil an uns.“ (CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer bei seiner Regierungserklärung am Mittwoch im Landtag.)